

Politischer Protest und politische Unterstützung. Entsteht eine neue Subkultur des Protestes in Westeuropa?

1. Die „Neue Politik“ und die Protestbewegung – Entsteht eine neue politische Subkultur in den westlichen Demokratien? ¹

Mit dem Einzug der GRÜNEN in den 10. Deutschen Bundestag kam in der Bundesrepublik die Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen zu einem vorläufigen Abschluß. Wie in allen westlichen Demokratien hatte die Formierung der Protestbewegung mit der Studentenrevolte der sechziger Jahre begonnen und sich mit der Bildung lokaler Bürgerinitiativen fortgesetzt. Aus diesen entwickelten sich die Umwelt-, die Friedens- und die Frauenbewegung und schließlich die ökologischen oder links-alternativen Parteien (vgl. Kempf 1984: 297 ff.; Schmidt 1984).

Über die Ursachen und die politischen Konsequenzen des Auftretens der Protestbewegung bestehen in der Wissenschaft und in der politischen Praxis kontroverse Auffassungen (vgl. zur Übersicht über die verschiedenen Interpretationsansätze: Nullmeier/Raschke 1989; Opp 1984; Schmitt 1990). Von Anfang an sah man jedoch im Wandel der politischen Einstellungen und Wertorientierungen der Bevölkerung einen bedeutsamen Bestimmungsfaktor der Protestaktivitäten. Einige Autoren interpretieren das Aufkommen der Protestbewegung als Symptom einer globalen „Krise der repräsentativen Demokratie“ (vgl. die Hinweise bei Abromeit 1982: 180 ff.) bzw. führten das Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen auf die Ausbildung einer besonderen Subkultur des Protestes zurück, die der herrschenden politischen Kultur in vielerlei Hinsicht widerspreche und ein Zerschneiden des demokratischen Basiskonsenses signalisiere. Nach Klages/Herbert (1983: 36) resultieren die Aktivitäten der Protestbewegung aus einem „kulturellen Riß, der offensichtlich eine *Hauptspannungslinie* . . . markiert, die unsere gegenwärtige politische Kultur in einer durchgängigen Weise charakterisiert“ (vgl. auch: Inglehart 1979; Klages 1984: 45 ff.; Zwick 1990). Träfen diese Aussagen zu, dann wäre die Funktionsfähigkeit der westlichen Demokratien durch Prozesse der Desintegration und Entfremdung gefährdet (vgl. hierzu auch die sehr differenzierten Erklärungsstrategien von Finifter 1970; Muller/Jukam 1977).

Um die Beziehungen zwischen Protestdispositionen und den Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft in fünf westlichen Demokratien geht es in diesem Beitrag. Er untersucht, ob mit der Ausbreitung der Protestbewegung eine kulturelle Fragmentierung der betreffenden Gesellschaften einherging und welche Konsequenzen sich aus den Unterschieden in den politischen Einstellungen der Protestierer und Nicht-Protestierer für das Funktionieren der untersuchten demokratischen Regime ergeben.

2. Politische Kultur und politische Subkulturen. Begriff, Beschreibungskategorien und demokratiethoretische Bedeutung

Seit der klassischen Arbeit von Almond/Verba (1965: 13) definiert die empirische Politikwissenschaft die politische Kultur eines Landes als die „besondere Form der *Verteilung*

individueller Orientierungen auf politische Objekte unter den Mitgliedern einer Nation“ (Übers. und Hervorh. OWG). Nach diesem Verständnis traten in allen pluralistischen Demokratien Unterschiede in den politischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger auf. Sie ergeben sich unter anderem aus divergierenden materiellen Interessenlagen, religiösen Überzeugungen, Sozialisationsprozessen und persönlichen Erfahrungen mit der Politik. Soweit sich diese Einstellungsunterschiede auf tagespolitische Fragen und auf die amtierende Regierung sowie die sie tragenden Parteien beziehen, fördern sie den politischen Wettbewerb und verbessern dadurch die Funktionsfähigkeit der Demokratie. Probleme für den Bestand der politischen Ordnung und für den Zusammenhalt der politischen Gemeinschaften treten allerdings auf, wenn in einer Gesellschaft Dissens über die *grundlegenden* Probleme des politischen Zusammenlebens aufkommt. In diesem Sinne unterschied Fraenkel (1973: 152) zwischen einem *streitigen* und einem *unstreitigen Sektor* des politischen Zusammenlebens: „Das Vordergründige des politischen Prozesses sind die Gegensätze, die die politischen Parteien miteinander ausfechten. Die im Hintergrund vorhandene gemeinsame Basis tritt im allgemeinen nicht in das Scheinwerferlicht der politischen Aktualität: ihr Vorhandensein bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die gegnerischen Kräfte überhaupt zu einem einheitlichen Staatsgebilde zusammengefaßt werden können“.

Trotz aller Schwierigkeiten, die die inhaltliche Abgrenzung zwischen dem kontroversen und dem nichtkontroversen Sektor sowie die Festlegung der systemverträglichen Verteilung von Konsens und Dissens im einzelnen mit sich bringt, besteht in der empirischen politischen Kulturforschung Übereinstimmung darüber, daß vor allem zwei Faktoren die Funktion von Konflikt und Konsens in der Demokratie beeinflussen: erstens die *Objekte*, auf die sich die betreffenden Einstellungen richten und zweitens die *Beziehungen* zwischen diesen *Einstellungen und der Zugehörigkeit* zu einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

In ihrer Beschreibung und Typologisierung politischer Kultur unterschieden Almond und Verba (1965: 14 f.) zwischen drei Objekten politischer Orientierungen, dem *politischen System* als allgemeinem Objekt sowie seinen *Input- und Output-* Subsystemen.²

Die in unserem Zusammenhang besonders wichtigen Systemorientierungen beschrieben sie dabei nur ungenau und unsystematisch. Präzisere Vorstellungen entwickelte Easton (1965:157 ff.), der das politische System analytisch in zwei Teilklassen aufgliederte, die *politische Gemeinschaft* und das *politische Regime*. Zum politischen Regime zählte er die in der Politik geltenden Werte und Normen sowie die Herrschaftsstruktur, also diejenigen Sachverhalte, für die sich in der modernen Politikwissenschaft die Bezeichnung „Polity“ durchsetzte (vgl. Easton 1965:190 ff.). Diese Elemente legen die Qualität eines politischen Regimes fest und weisen es als demokratisch oder nicht-demokratisch, repräsentativ-demokratisch oder direkt-demokratisch, parlamentarisch oder präsidentiell usw. aus. Als politische Gemeinschaft kann man alle auf die Verwirklichung politischer Ziele gerichteten Kollektive bezeichnen, vor allem Nationalstaaten oder lokale Gemeinden (vgl. Easton 1965:171 ff.; eine ausführliche Beschreibung dieser Orientierungsobjekte findet sich bei Westle 1989:51 ff.). Output-Orientierungen beziehen sich auf einzelne politische Entscheidungen („policies“) und die für sie zuständigen konkreten Akteure. Input-Orientierungen betreffen den politischen Willensbildungsprozeß und seine Träger. In der Begrifflichkeit Fraenkels umfaßt der nichtstreitige Sektor ausschließlich die Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft. Dagegen sind die Einstellungen zu den Inputs- und den Outputs dem kontroversen Sektor der Politik zuzurechnen, den eine Demokratie im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit ebenso benötigt wie den Konsens über die grundlegenden politischen Werte, Normen und Herrschaftsstrukturen.

Als besonders schwerwiegend ist ein Dissens über die Unterstützung der politischen Gemeinschaft und des politischen Regimes zu betrachten, wenn er systematisch mit der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen oder politischen Gruppen verbunden ist. Wir sprechen in diesem Falle von der Aufspaltung einer politischen Gemeinschaft in gegnerische Subkulturen (vgl. ausführlich zu diesem Problem: Almond 1956; Almond/Verba 1965: 26 f.; Rosenbaum 1975: 37 ff.). In diesem Sinne bezeichnet Pappi (1986: 282 f.) die Systemorientierungen der Bevölkerung, insbesondere die Legitimitätsüberzeugungen, als Kernelemente der politischen Kultur. Sein Vorschlag, die politische Kulturforschung auf die Einstellungen zum politischen System zu begrenzen, ist allerdings unzweckmäßig, weil auch die Input- und die Outputorientierungen der Bürgerinnen und Bürger für das Funktionieren eines politischen Regimes bedeutsam sein können.

Im Hinblick auf den Grad der Homogenität bzw. der Spaltung der politischen Kultur unterschied Almond bereits 1956 zwischen zwei Typen politischer Kultur, homogen-säkularen und fragmentierten Kulturen. Erstere waren seiner Meinung nach in den anglo-amerikanischen Demokratien sowie ansatzweise in den skandinavischen Staaten, den Benelux-Ländern und in der Schweiz anzutreffen, zu letzteren gehörten in den fünfziger Jahren die meisten kontinentaleuropäischen Länder. Almond beschrieb die homogen-säkulare Kultur durch die Merkmale Konsensorientierung in Grundsatzfragen, Kompromißfähigkeit, interpersonales Vertrauen, Toleranz und Rationalität. Fragmentierte politische Kulturen charakterisierte er als ideologisiert und polarisiert, gerade in Grundsatzfragen des politischen Zusammenlebens. Fehlendes zwischenmenschliches Vertrauen sowie eine geringe Toleranz und Kompromißfähigkeit der Bevölkerung und der politischen Führungsgruppen erschwerten die Bildung einer integrierten politischen Gemeinschaft. Statt dessen gelte die politische Loyalität mehreren voneinander isolierten Subkulturen mit eigenen Organisationsnetzwerken, Ideologien und Sozialisationseinrichtungen, die sich darum bemühten, ihre Mitglieder gegen feindliche Einflüsse aus der Außenwelt abzusichern.

Wendet man diese Überlegung auf unser Problem an, dann sind nicht alle Einstellungsunterschiede zwischen den Anhängern der Protestbewegung und der übrigen Bevölkerung für das Funktionieren der Demokratie gleichermaßen problematisch. Kritisch wird die Ausbildung einer besonderen Protestkultur erst dann, wenn sich eine Entfremdung der Protestierer vom politischen Regime und von der politischen Gemeinschaft entwickelt. Die folgende Untersuchung stellt den Versuch dar, die These über die Herausbildung einer Subkultur des politischen Protestes auf der Grundlage verfügbarer Umfragedaten empirisch zu prüfen. Als Subkulturbildung bezeichne ich dabei eine mit bestimmten Gruppenzugehörigkeiten, in unserem Falle mit der Zugehörigkeit zur Protestbewegung, einhergehende Herausbildung qualitativ besonderer Einstellungen. Im Mittelpunkt stehen die Einstellungen zum politischen Regime, insbesondere die Unterstützung demokratischer Werte und Normen, die Einstellung zum aktuellen Zustand der Demokratie in den untersuchten Ländern und die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft. Falls das Aufkommen der Protestbewegung tatsächlich Staats-, Partei- und Politikverdrossenheit oder gar eine „Krise der repräsentativen Demokratie“ reflektierte, dann müßte sich dies in den Einstellungen der Protestierer und Nicht-Protestierer niederschlagen. Eine subkulturelle Spaltung der Gesellschaft läßt sich daran erkennen, daß eine Mehrheit der Anhänger der Neuen Sozialen Bewegungen bestimmte Aspekte der politischen Ordnung grundsätzlich anders beurteilt als die Mehrheit der Gesamtbevölkerung oder der Nicht-protestierer (vgl. ähnlich auch Hofrichter/Schmitt 1990; Zwick 1990: 11 f.). Nicht zuletzt wegen der guten Datenlage steht die Bundesrepublik im Mittelpunkt dieser Untersuchung.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten werden ergänzend Daten aus vier weiteren westeuropäischen Staaten herangezogen. Durch diesen Vergleich soll geklärt werden, ob die Protestszene in der Bundesrepublik sich von der in anderen westlichen Demokratien unterscheidet und was sich daraus für die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Demokratie ergibt.

3. Die Entwicklung der Protestbewegung in der Bundesrepublik in international vergleichender Perspektive

Die bislang wichtigsten Aufschlüsse über die Rolle des politischen Protests in westlichen Demokratien lieferte die Political Action-Studie. Sie wurde in den Jahren 1973 bis 1976 in acht Staaten durchgeführt und 1979 bis 1981 in drei Ländern, darunter die Bundesrepublik, repliziert (vgl. Barnes/Kaase u. a. 1979; Jennings/van Deth u. a. 1990). Die empirische Analyse des Protestpotentials schloß legale Protestaktivitäten (Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Petitionen) und Aktionen des zivilen Ungehorsams ein (Boykotte, Verkehrsblockaden, Beteiligung an wilden Streiks, Miet- und Steuerstreiks, Gebäudebesetzungen). Im Hinblick auf die Protestbereitschaft der Bevölkerung rangierte die Bundesrepublik 1974 im Mittelfeld der acht Länder (vgl. Kaase 1982: 181 ff.). Nach den Ergebnissen der Wiederholungsstudie nahm die Protestbereitschaft in der Bundesrepublik und in den Niederlanden zwischen 1974 und 1980/81 deutlich ab, in den Vereinigten Staaten dagegen war eine Zunahme zu verzeichnen, besonders bei den legalen Protestaktivitäten (vgl. für die Bundesrepublik: Fuchs 1984: 621 ff.; Kaase 1984: 340 ff.; Uehlinger 1988: 135 ff.; Kaase 1990: 30 ff.).

Mit den Political Action-Daten vergleichbare neuere Informationen über die Teilnahme der Bürger an einzelnen Protestaktivitäten liegen nur für die Bundesrepublik Deutschland vor. Wie Tabelle 1 zeigt, stieg die Attraktivität der Protestpolitik als Mittel der Interessendurchsetzung während der achtziger Jahre offenkundig wieder an. Zugleich dokumentieren die Daten aber, daß nur eine kleine Minderheit unter den Bundesbürgern zur Durchsetzung politischer Ziele auf Protestaktionen zurückgreift. Dies gilt selbst für legale Protestaktivitäten. Nach eigenen Angaben hatten 1988 26 Prozent der Bundesbürger bereits an Unterschriftenaktionen teilgenommen, 16 Prozent gaben an, in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben, der Anteil der Teilnehmer an legalen Protestdemonstrationen lag bei 11 Prozent, an Boykotten hatten sich fünf Prozent der Befragten beteiligt. Illegale Aktivitäten fanden in der Öffentlichkeit keine Resonanz. Erst recht gilt diese Feststellung für die Anwendung von Gewalt als Mittel der Interessendurchsetzung. An Gewaltaktionen hatten 1988 nach eigenen Angaben 0,3 Prozent der Befragten teilgenommen, 1,5 Prozent zogen diese Form der Interessendurchsetzung in Betracht (vgl. auch Fuchs 1984: 624 ff.; Uehlinger 1988: 135 ff.).

Bislang war lediglich von einzelnen Protestaktionen, aber nicht von der Mitgliedschaft oder Mitarbeit in den Neuen Sozialen Bewegungen die Rede. Deren empirische Erfassung wirft einige Probleme auf. Anders als in etablierten Organisationen wie Parteien und Verbänden vollzieht sich dieses Engagement nicht unbedingt im Rahmen einer förmlichen Mitgliedschaft. Ungeachtet der feststellbaren Institutionalisierungstendenzen im alternativen Spektrum dürften auch heute noch zahlreiche Bewegungsaktivisten lediglich zu einem punktuellen und zeitlich befristeten Engagement bereit sein. Dies belegen die Angaben in Tabelle 2, die die Mitarbeit in mindestens einer Gruppierung der Neuen So-

Tabelle 1: Beteiligung der Bevölkerung an Protestaktionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1974 bis 1988 (Angaben: Prozentanteile)

	1974	1980	1988
Unterschriftensammlung	31	18	26
Bürgerinitiative	n. e.	6	13
Genehmigte Demonstration	9	5	11
Boycott	4	1	5
N	2307	2095	3052

Anmerkung:

Der Wortlaut der Frage zur Erfassung des politischen Protest und der Antwortmöglichkeiten ist in den Codebüchern zu den betreffenden Studien enthalten. Die Angaben in Tabelle 1 beziehen sich auf realisierte Aktivitäten.

zialen Bewegungen (Friedens-, Ökologie- oder Anti-Kernkraft-Bewegung) bzw. die Einstellung zu dieser wiedergibt. Danach konnte sich die Protestbewegung in keinem der fünf Länder Westeuropas als *Massenbewegung* etablieren. In der Bundesrepublik gaben zwei Prozent der Befragten an, Mitglied einer Sozialen Bewegung zu sein. Auf die Friedensbewegung, die Ökologie- und die Antikernkraftbewegung entfiel je ein Prozent der Nennungen. In den anderen vier Ländern variierte der Mitgliederanteil der Neuen Sozialen Bewegungen zwischen einem (Frankreich) und vier Prozent (Niederlande). Den höchsten Mobilisierungsgrad erreichten die Ökologiebewegung in den Niederlanden (3 Prozent) und die Friedensbewegung in Großbritannien (2 Prozent; auf die Vorlage detaillierter Daten zu einzelnen Sozialen Bewegungen wird verzichtet; weitere Informationen zur Mitgliedschaft in den Neuen Sozialen Bewegungen finden sich u. a. bei Hofrichter/Schmitt 1990; Pappi 1990: 151 ff.; Reuband 1985; Zwick 1990: 146 ff.).

Tabelle 2: Die Unterstützung der Neuen Sozialen Bewegungen in Westeuropa (Angaben: Prozentanteile)

	BRD	FRA	ITA	NL	UK
Mitglied in mindestens einer NSB ¹	2	1	2	4	3
Teilnahme an Demonstration/positive NSB-Bewertung ²	8	12	15	11	6
Teilnahme an Demonstration/negative NSB-Bewertung ³	3	9	2	1	2
Inaktiv/positive Einstellung zu NSB ⁴	37	47	65	55	39
Inaktiv/negative Einstellung zu NSB ⁵	38	25	10	26	41
k. A.	13	7	6	3	8
N	992	1009	1060	1015	1042

Anmerkungen:

- ¹ Friedens-, Ökologie-, Anti-AKW-Bewegung.
- ² Mitglied keiner NSB, aber Teilnahme an Demonstration und Unterstützung NSB.
- ³ Mißbilligung NSB, aber Teilnahme an Demonstration.
- ⁴ Keine Teilnahme an Demonstration, aber Unterstützung NSB.
- ⁵ Keine Teilnahme an Demonstration und Mißbilligung NSB.

Etwas breiter fiel in allen fünf Ländern das Reservoir punktuell Aktivierbarer aus. Diese Gruppe umfaßte die Befragten mit einer positiven Einstellung zu den Alternativbewegungen, die zudem nach eigenen Angaben bereits an einer Protestdemonstration teilgenommen hatten. Ihr Anteil lag zwischen sechs (Großbritannien) und fünfzehn Prozent (Italien), die Bundesrepublik wies mit acht Prozent den zweitniedrigsten Wert auf. Aus einer Betrachtung aller für die Bundesrepublik vorliegenden Daten über das Protestverhalten der Bevölkerung ergibt sich der Eindruck, daß die Teilnahme an einzelnen Protestaktionen sich nicht notwendigerweise im organisatorisch-ideologischen Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen vollzieht. Die Gleichsetzung von Protestpolitik und alternativem Engagement trifft nur bedingt zu.

Im Gegensatz zur schwachen *Mobilisierungsfähigkeit* der Neuen Sozialen Bewegungen steht ihre breite *Unterstützung* durch die Bevölkerung. Nur eine Minderheit der Befragten stand der Ökologie-, der Antikernkraft- und der Friedensbewegung negativ gegenüber, ein sehr kleiner Teil von ihnen hatte sich aber gleichwohl an Protestaktionen beteiligt. In keinem der fünf Länder äußerte die Mehrheit eine ablehnende Haltung zu allen drei Protestbewegungen, doch variierte die Spannweite negativer Einstellungen zwischen den fünf Ländern beträchtlich. Am seltensten waren Vorbehalte in Italien (10 Prozent), am häufigsten in der Bundesrepublik (38 Prozent) und in Großbritannien (41 Prozent). Zwischen 1982 und 1986 blieben die Einstellungen zu den Neuen Sozialen Bewegungen ziemlich stabil. Soweit Veränderungen auftraten, indizieren sie eine leicht wachsende Unterstützung der Neuen Sozialen Bewegungen (auf die Vorlage detaillierter Tabellen hierzu wird verzichtet; vgl. auch Hofrichter/Schmitt 1990).

Im Verhältnis der Bevölkerung zu den Neuen Sozialen Bewegungen zeigt sich geradezu exemplarisch die Diskrepanz zwischen den Einstellungen zu einem politischen Objekt und dem Verhalten ihm gegenüber. Die Unterstützung der Protestbewegung zieht keineswegs eine aktive Mitarbeit in ihr nach sich. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die Kosten-Nutzen-Relation der Beteiligung an Einzweck-Aktionen im allgemeinen günstiger eingeschätzt wird als die einer aktiven Mitarbeit in Parteien und Interessenverbänden.

4. Die Einstellungen der Anhänger der Protestbewegung zum politischen System

In Abhängigkeit von ihrer politisch-ideologischen Disposition beurteilen Beobachter das Verhältnis der Anhänger der Protestbewegung zur Demokratie unterschiedlich. Relativ unstrittig scheint jedoch die Annahme zu sein, daß sich in den Neuen Sozialen Bewegungen nicht nur Kritik an einzelnen Politikgehalten oder politischen Akteuren manifestiert, sondern daß deren Anhänger auch dem politischen System kritischer gegenüberstehen als die übrige Bevölkerung. Die genauen Motive des Protestes blieben bislang weitgehend unklar. Sympathisanten unterstellen den Anhängern der Protestbewegung ein besonders hoch entwickeltes Demokratiebewußtsein und führen die Kritik am politischen System auf die Lücke zwischen den demokratischen Idealen und dem politischen Status Quo zurück. Demgegenüber ziehen Kritiker der Protestbewegung die demokratische Fundierung der Systemkritik in Zweifel, halten die demokratiethoretischen Vorstellungen der Protestierer für utopisch oder kritisieren die mangelnde Bereitschaft der Protestaktivisten, die mit der Ausübung demokratischer Rechte verbundenen Pflichten zu akzeptieren. Den zahlreichen spekulativen Äußerungen über die politischen Einstellungen der Protestierer stehen allerdings nur wenige verlässliche empirische Befunde gegenüber (vgl. auch die

Hinweise bei Zwick 1990: 7). Keine der beiden Political Action-Studien enthielt eine detaillierte und systematische Analyse der Beziehung zwischen dem Protestverhalten und den Einstellungen zur politischen Gemeinschaft sowie zum politischen Regime. Weitere Untersuchungen kamen zu widersprüchlichen Resultaten: Einige wiesen einen Zusammenhang zwischen dem Engagement in der Protestbewegung und systemkritischen Einstellungen nach (vgl. Opp 1984: 224 ff.; Reuband 1985: 29 ff.; Schmitt 1990; Uehlinger 1988: 187 ff.), andere dagegen stellten keine direkte oder konsistente Beziehung zwischen den Systemorientierungen und der Protestbereitschaft fest (vgl. Fuchs 1983: 131 ff.; Muller 1979: 79 ff.; Muller/Jukam 1977; Thomassen 1990: 132).

Während die für die Bundesrepublik vorliegenden Befunde über den Zusammenhang zwischen der Unterstützung des politischen Systems und der Disposition zum politischen Protest uneinheitlich ausfallen, fehlen international vergleichende Analysen der Protestkultur fast völlig (Ausnahmen: Dalton/Küchler 1990; Hofrichter/Schmitt 1990; sehr knappe Hinweise finden sich bei Thomassen 1990). Dieses Informationsdefizit läßt sich in diesem Beitrag nicht vollständig beheben, jedoch erscheint es möglich, den vorliegenden Umfragedaten einige Erkenntnisse über die Bedeutung der Protestbewegung für die politische Kultur westlicher Demokratien zu entnehmen und dabei komparativen Gesichtspunkten die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

4.1 Die Einstellungen der Anhänger der bundesdeutschen Protestbewegung zum politischen System

Werte und Normen der Demokratie in der Sicht der Protestbewegung

Die erste ausführliche Analyse der Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung zu den grundlegenden Merkmalen demokratischer Regierungsweise legte Kaase (1971) am Beginn der siebziger Jahre vor. Bestandteil der von Kaase entwickelten Demokratieskala waren u. a. die Einstellung der Bevölkerung zum Mehrheitsprinzip und zum Minderheitenschutz, zum politischen Wettbewerb und Pluralismus, zur Gewaltfreiheit sowie zur Garantie politischer Grundrechte (vgl. auch Tabelle 3). Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung bestand 1969 in der Bundesrepublik ein breiter Konsens über *abstrakte demokratische Werte*. Deutlich schwächer fiel die Zustimmung zu den Implikationen demokratischer Werte in *spezifischen politischen Konfliktsituationen* aus. Sobald nämlich demokratische Werte und Normen mit Werten wie Sicherheit, Harmonie und Ordnung kollidierten, zeigten sich beträchtliche Reserven gegenüber den Funktionsprinzipien einer pluralistischen Demokratie, und es war eine weite Verbreitung autoritär-obrigkeitsstaatlicher Vorstellungsinhalte zu erkennen. Erhebungen in den Jahren 1979, 1982 und 1988 bestätigten im Prinzip diese Ergebnisse. Trotz einer wachsenden Akzeptanz der meisten demokratischen Werte und Normen blieb die grundlegende Spannung zwischen dem Bekenntnis zu allgemeinen demokratischen Grundsätzen und der Bereitschaft, diese in Konfliktsituationen zu praktizieren, erhalten (vgl. auch: Gabriel 1987: 40 ff.; Pross 1982: 21 ff., 106 m. w. L.). Darüber hinaus weist Graf Kielmansegg (1990: 214 ff.) zu Recht darauf hin, daß in Kaases Untersuchung einige wichtige Aspekte des demokratischen Wertesystems unberücksichtigt blieben, insbesondere die Toleranz gegenüber Andersdenkenden und die Anerkennung staatsbürgerlicher Pflichten. Zwar ergibt sich aus den von Kaase präsentierten Befunden zur Verankerung demokratischer Werte und Normen

in der Bundesrepublik kein friktionsloses Verhältnis der Bundesbürger zur Demokratie. Wie die für die Vereinigten Staaten vorliegenden Untersuchungen zeigen, handelt es sich hierbei jedoch keineswegs um ein spezifisches Merkmal der politischen Kultur der Bundesrepublik, sondern um ein Einstellungssyndrom, das auch in einer traditionsreichen Demokratie zu finden ist (vgl. Erikson/Luttbeg/Tedin 1988: 102 ff.).

Für die Bewertung der Rolle des politischen Protestes in der Demokratie ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob die Protestierer die für das politische Regime konstitutiven Werte mehrheitlich befürworten und ob sich ihre Einstellungen in dieser Hinsicht von denen der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Nach den in Tabelle 3 enthaltenen Daten bejahen neun von zehn Bundesbürgern die Legitimität der Opposition in der Demokratie, das Recht der Minderheit, eine von der Mehrheit abweichende Meinung zu artikulieren, den freien Wettbewerb der Parteien um die Ausübung der Regierung und das Recht des Bürgers, für seine Meinung auf die Straße zu gehen. Da mit dem Engagement in der Protestpolitik die Zustimmung zu den Werten und Normen der Demokratie steigt, finden diese Einstellungen unter den Protestierern eine noch breitere Anerkennung als in der Gesamtbevölkerung. Die kleine Gruppe der in der Protestpolitik besonders engagierten Befragten stimmt den vier demokratischen Prinzipien fast einmütig zu. Diese Einstellungen liegen auf einer gemeinsamen Dimension, die man als Unterstützung demokratischer Werte und Strukturprinzipien bezeichnen kann.

Tabelle 3: Protestaktivitäten und Demokratiebewußtsein in der Bundesrepublik, 1988 (Angaben: Anteil demokratisch ausgerichteter Antworten)

	Zahl der Protestaktivitäten ¹					Alle Befr.
	0	1	2	3	4	
Opposition nötig	92	92	97	100	100	93 ** ²
Minderheitenschutz	92	95	98	97	97	94 **
Parteienwettbewerb	91	92	91	95	94	93 *
Demonstrationsrecht	89	93	96	97	99	93 **
Gegen Gewalt	87	89	89	81	65	86 *
Pluralismus	41	55	64	79	85	48 ^o
Kritik durch Opposition	41	48	61	67	73	46 **
Streikrecht	26	33	39	54	76	31 **
Gegen Zivilen Ungehorsam	14	12	9	7	7	11 *
Individualinteresse	10	10	13	17	21	11 ^o

Anmerkungen:

¹ Die vier in den Index eingehenden Aktivitäten sind in Tabelle 1 aufgeführt.

² Die folgenden Symbole indizieren die *Stärke des Zusammenhanges* zwischen der Protestdisposition und der Akzeptanz demokratischer Werte und Normen. Grundlage hierfür ist das Assoziationsmaß Eta. Die Werte wurden auf der Grundlage der in der Befragung vorgegebenen Sechs-Punkte-Skalen (volle Zustimmung bis volle Ablehnung) berechnet. In der Tabelle sind der Übersichtlichkeit halber nur die demokratisch ausgerichteten Antworten wiedergegeben.

^o kein Einfluß der Unterstützung der Protestbewegung (insignifikant oder Eta <.10); * sehr schwacher Einfluß (Eta .10 bis .19); ** mäßiger Einfluß (Eta .20 bis .29); *** deutlicher Einfluß (Eta >.30).

Etwas anders stellt sich die Sachlage bei vier weiteren, die Funktion von Konflikten in der Demokratie betreffenden Einstellungen dar. Unvereinbar mit den Prinzipien einer liberal-pluralistischen Demokratie sind die Auffassungen, Interessenkonflikte schadeten dem Allgemeinwohl, die Aufgabe der Opposition bestehe darin, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen, der Bürger verliere das Recht zu Demonstrationen, wenn er dadurch die öffentliche Ordnung gefährde. Auch die Aussage, den Interessen des ganzen Volkes komme Vorrang vor denen des Einzelnen zu, kollidiert mit den Funktionsprinzipien einer liberalen Demokratie. Diese in der politischen Tradition Deutschlands fest verwurzelten Auffassungen lehnt nur eine Minderheit der Bundesbürger ab. Der Anteil der demokratischen Einstellungen schwankt dabei zwischen elf und 48 Prozent. Allerdings verlieren auch diese Vorstellungen mit zunehmendem Engagement in der Protestpolitik an Rückhalt. Die Gruppe der protestpolitisch aktivsten Befragten bekundet das größte Verständnis für die produktive Funktion von Konflikten in der Demokratie. Dies ist insofern plausibel, als Protestaktivitäten im Regelfalle Konflikte mit der politischen Führung oder anderen Gruppen implizieren. Lediglich durch die Betonung des Primats der Kollektivinteressen gegenüber den Rechten des Individuums votieren auch die Protestierer mehrheitlich für die autoritäre Alternative (anders die Interpretationsperspektive bei Graf Kielmansegg 1990: 215 ff.).

Diesem positiven Gesamtbild widersprechen zwei Einzelbefunde, die im Hinblick auf die Eigenschaften von Protestaktionen nicht als Überraschung zu werten sind. Zwar lehnen fast zwei Drittel der aktivsten Protestierer die Auffassung ab, in der Demokratie müßten bestimmte Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden, doch steigt mit dem Engagement in der Protestpolitik das Verständnis für politische Gewaltanwendung. Ähnlich verhält es sich mit der Gesetzestreue bzw. der Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam. 86 Prozent der Bundesbürger vertraten die Auffassung, gegen menschenrechtswidrige Parlamentsbeschlüsse dürfe man mit allen Mitteln vorgehen. In der Gruppe der aktivsten Protestierer besteht in dieser Frage nahezu Konsens. Bei der Interpretation dieser Befunde ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Bereitschaft zur Gewaltanwendung und die Reklamation eines Widerstandsrechts gegen rechtswidrige Gesetzgebungsakte mit den übrigen Einstellungen zur Demokratie nur in einer schwachen Beziehung stehen und sich als Indikatoren demokratischen Bewußtseins nicht eignen (vgl. auch: Westle 1989: 127).³ Diese Feststellung ändert aber nichts an der Unvereinbarkeit dieser Vorstellungen mit den Grundsätzen einer liberalen Demokratie.

Vermutlich wurde das bei einer starken Minderheit der Protestierer anzutreffende Gewaltpotential durch die öffentliche Diskussion über das Problem der strukturellen Gewalt und über das Widerstandsrecht nach Art. 20, Abs. 4 des Grundgesetzes sowie durch die Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Personen und Sachen legitimiert. Teile der Protestbewegung scheinen die wissenschaftliche Rationalisierung des Einsatzes politischer Gewalt aufgegriffen und zur Begründung ihrer Aktivitäten herangezogen zu haben. Auch die Rechtfertigung der Verletzung demokratischer Spielregeln läßt sich wohl auf diese Diskussion zurückführen. Problematisch erscheint dabei weniger die Bereitschaft, überhaupt etwas gegen rechtswidrige Beschlüsse des Bundestages zu unternehmen als vielmehr die Neigung, dabei *alle Mittel* einzusetzen. Nach Almond/Verba (1965: 136 ff., 314 ff.) erfüllen die politisch aktiven Teile der Öffentlichkeit in der Demokratie die Aufgabe, sich gegen den Mißbrauch politischer Macht zur Wehr zu setzen. Auf diese Art und Weise üben sie eine Kontrollfunktion gegenüber der politischen Führung aus. Dies ent-

bindet sie allerdings nicht von der Notwendigkeit, dabei die demokratischen Spielregeln einzuhalten.

Eine Abwägung aller Einzelbefunde legt die Schlußfolgerung nahe, daß sich die Einstellungen von Protestierern und Nicht-Protestierern zu demokratischen Werten und Normen eher graduell als prinzipiell voneinander unterscheiden. Im allgemeinen steigt mit dem Engagement in der Protestpolitik die Unterstützung demokratischer Werte und Normen, eine klare Mehrheit der Protestierer lehnt die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab, und bei der Würdigung der Bereitschaft zu Regelverletzungen ist zu berücksichtigen, daß diese eine Reaktion auf rechtswidrige Entscheidungen der politischen Führung darstellen. In Anbetracht dieser Datenlage ist die Darstellung des politischen Protests als Produkt antidemokratischer Vorstellungsmuster zumindest einseitig und undifferenziert, wenn nicht sogar unzutreffend.

Die Bewertung des bestehenden politischen Systems durch die Protestierer

Die Akzeptanz demokratischer Werte und Normen zieht nicht zwangsläufig eine positive Einstellung zum aktuellen Zustand des politischen Regimes nach sich. Gerade unter den Anhängern der Protestbewegung verbindet sich möglicherweise eine starke Unterstützung demokratischer Werte und Normen mit kritischen Einstellungen zum Status Quo. Insofern ist zu fragen, ob die Protestaktionen eine generelle Unzufriedenheit mit dem politischen System signalisieren. Dabei gilt unser Interesse ausschließlich den Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft. Für deren Untersuchung stehen mehrere Indikatoren zur Verfügung. Jeweils eine Frage betrifft die generelle Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik und die Bewertung des Funktionierens des politischen Systems der Bundesrepublik. Weiterhin wurden die Einstellung zum Reformbedarf, die Einschätzung der Lebensbedingungen und der Stolz auf das Grundgesetz ermittelt (vgl. Tabelle 4). Schließlich standen mit der Zustimmung zu den Aussagen, das politische System der Bundesrepublik sei gerecht und fair und es schütze die Freiheit der Bürger, zwei Indikatoren politischer Legitimitätsüberzeugungen

Tabelle 4: Protestaktivitäten und Systemunterstützung in der Bundesrepublik, 1980 und 1988 (Angaben: Prozentanteile)

	Zahl der Protestaktivitäten ¹					Alle Befr.
	0	1	2	3	4	
System gerecht (1980)	84	86	89	76	59	83 °
System freiheitlich (1980)	87	91	91	76	71	86 °
Zufrieden mit Lebensverhältnissen (1988)	95	95	96	88	90	95 *
Zufrieden mit der Demokratie (1988)	87	82	83	75	69	85 *
Systemerhalt (1988)	84	82	79	68	58	82 **
Stolz auf Grundgesetz	62	68	71	67	63	63 °

Anmerkungen:

¹ Die vier Aktivitäten sind in Tabelle 1 zusammengestellt.

Zur Berechnung der Zusammenhangsmaße und ihrer Bedeutung vgl. die Angaben in Tabelle 3.

zur Verfügung (vgl. zur genaueren Einordnung dieser Fragen in Eastons Theorie politischer Unterstützung: Westle 1989: 110 ff., 139 ff.). Wenn in den Aktionen der Protestbewegung tatsächlich eine grundsätzliche Kritik am Zustand des politischen Regimes zum Ausdruck käme, dann müßten sich mit dem Engagement in der Protestpolitik die negativen Einstellungen zum politischen Status Quo durchgängig verstärken.

Auf den ersten Blick scheinen die in Tabelle 4 enthaltenen Daten diese Annahme zu bestätigen. Mit der Involvierung in die Protestpolitik steigt die Kritik am politischen Status Quo, und zwar bei sämtlichen Indikatoren der Systemunterstützung.⁴ Dennoch stützen die Untersuchungsergebnisse die Interpretation der Protestbewegung als Ausdruck von Staatsverdrossenheit oder politischer Entfremdung nur bedingt. Wie bereits in mehreren anderen Untersuchungen festgestellt wurde (vgl. Baker/Dalton/Hildebrandt 1981: 21 ff.; Conradt 1980: 229 ff.; Gabriel 1986: 275 ff.; 1987; Westle 1989: 291 ff.), läßt sich eine generelle Staats- oder Politikverdrossenheit der bundesdeutschen Bevölkerung empirisch nicht nachweisen. Diesen Befund stützen auch international vergleichende Studien, die in der Bundesrepublik ein hoch entwickeltes Einverständnis mit dem politischen System konstatieren (vgl. z. B. Dalton 1988: 225 ff.; Kaase 1985; Merkl 1988). Dieser Konsens umfaßt im Prinzip auch die Protestierer, deren Einstellung zum politischen System sich nicht als Mißtrauen oder Entfremdung charakterisieren läßt. Dies gilt selbst für die protestpolitisch aktivste Gruppe, in der in den ungünstigsten Fällen knapp 60 Prozent eine positive Einstellung zum politischen System der Bundesrepublik erkennen ließen. Die Unterschiede zwischen den Protestierern und der übrigen Bevölkerung sind ausschließlich gradueller Art: Sie betreffen lediglich das Ausmaß positiver Systemorientierungen.

Die im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung systemkritischere Einstellung der Protestierer läßt unterschiedliche demokratiethoretische Interpretationen zu. Im Gegensatz zu Klages (1984: 52 ff.; Klages/Herbert 1983: 38 ff.), der diese Befunde vor allem unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen Unruhe- und Entfremdungspotentiale problematisiert, bezeichnet es Sniderman (1981: 16, 35 ff.) als funktional für den politischen Prozeß in einer Demokratie, wenn die Bevölkerung dem politischen System keine blinde Loyalität entgegenbringt, sondern wenn ein ausgewogenes Verhältnis von Kritik und Zustimmung vorherrscht (vgl. ähnlich: Westle 1989: 167). Bei sämtlichen Indikatoren der Systemunterstützung konzentrieren sich die Antworten bei den gemäßigt positiven Systemorientierungen. In diesem Befund kann man, ebenso wie in den recht differenzierten Aussagen zu einzelnen Aspekten der politischen Ordnung, ein ausgewogenes Urteil im Sinne Snidermans sehen. Das Engagement in der Protestpolitik fördert eine derartige Einstellung.

Die bisher präsentierten Befunde relativieren die Tragfähigkeit modisch-kulturkritischer Interpretationen der Protestbewegung als Gefährdungspotential der parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie. Das Engagement in der Protestbewegung resultiert keineswegs überwiegend aus antidemokratischen Wertvorstellungen oder aus einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum bestehenden politischen System. Im allgemeinen entsprechen die Protestierer den normativen Anforderungen an den demokratischen Staatsbürger mindestens ebenso gut wie die übrige Bevölkerung der Bundesrepublik: Sie stehen dem politischen Status Quo zwar etwas kritischer gegenüber, weisen aber eine besonders starke Bindung an demokratische Werte und an das Grundgesetz auf. Im Widerspruch hierzu steht die mit der Protestdisposition wachsende Bereitschaft zur Regelverletzung und die weniger dezidierte Ablehnung politischer Gewalt. Das in zahlreichen Analysen

der Protestbewegung gezeichnete Szenario eines Zerfalls der politischen Gemeinschaft der Bundesrepublik in zwei feindliche Lager mit fundamental verschiedenen politischen Weltanschauungen ist empirisch nicht haltbar.

Eine Erklärung für diesen Widerspruch zwischen populärwissenschaftlichen Darstellungen und empirischen Befunden könnte in der Art und Weise liegen, in der das Engagement in der Protestpolitik bislang gemessen wurde. Unsere Analyse bezog sich auf die Beteiligung an einzelnen, überwiegend legalen Protestaktivitäten, die häufig unorganisiert und einzelfallbezogen ablaufen und eher pragmatisch als ideologisch motiviert sind. Aussagen über die Fragmentierung der politischen Kultur westlicher Demokratien betreffen dagegen vornehmlich das in den Neuen Sozialen Bewegungen organisierte Protestpotential. Nach ihrem Selbstverständnis repräsentiert die Alternativbewegung ein Gegenmodell zur institutionalisierten Kultur liberal-demokratischer Regime (vgl. z. B. Nullmeier 1989: 7 ff., 14 ff.; Zwick 1990: 113 ff.). Dieses Selbstverständnis bringt auch Guggenbergers (1980) These von einer „Kulturrevolution der Bürgerinitiativen“ zum Ausdruck. Möglicherweise ergibt sich bei einer Berücksichtigung der organisatorisch-ideologischen Verankerung der Protestpolitik in den Neuen Sozialen Bewegungen eine andere Beziehung der Protestierer zum politischen System, als sie zuvor beschrieben wurde.

4.2 Die Systemorientierungen der Anhänger der Protestbewegung in Westeuropa

Die Möglichkeit, den kulturellen Hintergrund der Alternativ- und Protestbewegung genauer zu prüfen, besteht im Rahmen unserer vergleichenden Analyse. Sie basiert auf Daten über die Unterstützung der Neuen Sozialen Bewegungen durch die Bürgerinnen und Bürger von fünf westeuropäischen Demokratien. Da sich die Protestbewegung während der siebziger und achtziger Jahre in allen westlichen Demokratien unter ziemlich verschiedenartigen institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen formierte, stellt die international vergleichende Analyse der politischen Einstellungen von Protestierern und Nicht-Protestierern eine besonders reizvolle Aufgabe dar.⁵

Hinsichtlich ihres politischen Engagements wurden die Befragten in Anlehnung an die Angaben in Tabelle 2 drei Gruppen zugeordnet. Die als *Protestaktivisten* bezeichneten Personen sind Mitglied in einer Neuen Sozialen Bewegung haben oder sich bereits an einer Protestdemonstration beteiligt. Die Gruppen der *Anhänger* und der *Gegner* umfassen die Inaktiven, die positiv bzw. negativ zur Alternativbewegung eingestellt sind (vgl. ähnlich: Reuband 1985; Zwick 1990: 146 ff.). Die Einstellungsdaten beziehen sich wiederum auf das politische Regime (Werte, Institutionen) und die politische Gemeinschaft. Als Indikator demokratischer Einstellungen eignet sich die Ablehnung der Zensur von Büchern (vgl. auch: Erikson/Luttbeg/Tedin 1988: 103 ff.). Sie bezieht sich auf den Wert Meinungsfreiheit bzw. seine Umsetzung in eine Verhaltensnorm. Die Frage nach der Demokratiezufriedenheit gleicht der in der nationalen bundesdeutschen Erhebung. Sie mißt die Einstellung zur bestehenden politischen Ordnung in den fünf untersuchten Ländern. Umstritten ist dabei, wie stark die Bewertung des demokratischen Systems diffus bzw. durch Leistungsgesichtspunkte geprägt ist. Mit den bundesdeutschen Daten vergleichbare Informationen liegen auch für die Einstellung zur Veränderungsbedürftigkeit der Gesellschaft vor. Allerdings erschwert die Verwendung des Bewertungsobjekts „Gesellschaft“ die genaue Bestimmung des Adressaten des Veränderungswunsches. Als weitere Indikatoren der Regimeorientierungen eignen sich das Vertrauen zu den Gerichten und die Zufriedenheit mit den öffentlichen Dienstleistungen. Erstere erfaßt die Ein-

stellung zu einer wichtigen Institution des Rechtsstaats (vgl. auch: Muller 1979: 79 ff.; Westle 1989: 243), letztere die instrumentelle Komponente der Beziehung der Bevölkerung zum politischen System (vgl. auch Westle 1989: 196 f., 247 f.). Wiederum ist zu erwarten, daß die Kritik am politischen System mit der Involvierung in die Protestbewegung steigt. Darüber hinaus dürften die Protestierer wegen ihrer selbstverwirklichungsorientierten Wertvorstellungen sensibler auf Eingriffe in das Recht zu freien Meinungsäußerung reagieren als die übrige Bevölkerung.

Einen nur bedingt brauchbaren Indikator der Einstellung zur politischen Gemeinschaft haben wir mit dem Nationalstolz zur Verfügung. Er mißt die über das traditionelle Symbol „Nation“ vermittelte Beziehung zur politischen Gemeinschaft und steht in einer engen Verbindung mit anderen traditionellen Wertorientierungen, z. B. der Religiosität und der Präferenz für konservative politische Positionen. Insbesondere aus der jüngsten politischen Geschichte Deutschlands, in der die Symbole „Nation“ und „Vaterland“ stark belastet waren, ergeben sich gewisse Vorbehalte gegen die Aussagekraft des Nationalstolzes als Indikator der Bindung der Bevölkerung an die politische Gemeinschaft (vgl. auch die Hinweise bei: Fuchs 1989: 127 ff.; Merkl 1988: 27 f.; Westle 1989: 207 ff.). Sollte sich in der empirischen Analyse eine negative Beziehung zwischen dem Engagement in der Protestbewegung und einer gefühlsmäßigen Bindung an traditionelle nationalstaatliche Symbole ergeben, so ist dies keineswegs als Hinweis auf eine generelle Integrationsschwäche der politischen Gemeinschaft zu werten.

Zu den auffälligsten Ergebnissen unserer international vergleichenden Analyse gehört das bereits von Merkl (1988: 43) festgestellte politisch-kulturelle Nord-Süd-Gefälle. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, steht die der Bevölkerung der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritanniens dem politischen System deutlich positiver gegenüber als die Italiener und Franzosen (vgl. Tabelle 5 sowie Gabriel 1987: 37, bes. Tab. 1; Kaase 1985: 105 ff.; Merkl 1988: 52 ff.). Der Nord-Süd-Gegensatz zeigt sich darüber hinaus in der Beziehung zwischen der Protestdisposition und den Systemorientierungen. Während sich die politische Einstellungen der Anhänger der Alternativbewegung in Frankreich und Italien im großen und ganzen in den Kontext der nationalen politischen Kultur einfügen, gibt es in der Bundesrepublik, in abgeschwächter Form aber auch in Großbritannien und in den Niederlanden, unübersehbare Anzeichen für eine Ausdifferenzierung einer Subkultur des Protests. Im einzelnen stellt sich der Zusammenhang zwischen dem Engagement in der Alternativbewegung und der Einstellung zum politischen System folgendermaßen dar:

(1) In allen fünf Ländern begünstigt die Involvierung in die Protestpolitik die Unterstützung des Rechts zur freien Meinungsäußerung. Am deutlichsten ist dieser Sachverhalt in der Bundesrepublik und in Italien nachweisbar. Außer in Großbritannien spricht sich eine breite Mehrheit der aktiven Protestierer gegen Zensurmaßnahmen aus. Diese Gruppe ist deutlich demokratischer eingestellt als die Gesamtbevölkerung.

(2) Außer in Frankreich steht die Protestpolitik in einer negativen Beziehung zur Demokratiezufriedenheit. Dieser Zusammenhang ist in der Bundesrepublik und in Großbritannien am deutlichsten ausgeprägt. Allerdings weisen die aktiven Protestierer in diesen beiden Ländern eine positivere Einstellung zur bestehenden Form der Demokratie auf als die gesamte Bevölkerung Frankreichs und Italiens. In allen fünf Ländern ist die Mehrheit der aktiven Protestierer kritisch zum politischen Status Quo eingestellt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich diese Gruppe in der Bundesrepublik, den Niederlanden und Großbritannien von der Mehrheit der Bevölkerung und der Nicht-Protestierer.

(3) Wiederum mit Ausnahme Frankreichs zeichnen sich die Aktivisten der Neuen Sozialen Bewegungen durch eine überdurchschnittliche Systemveränderungsbereitschaft aus. Diese Einstellung ist aber nicht revolutionär, sondern reformistisch ausgerichtet. Allerdings gibt es unter den Protestierern in Frankreich, Italien und Großbritannien eine starke, revolutionär eingestellte Minderheit.

Tabelle 5: Das Engagement für die Protestbewegung und die Einstellungen zum politischen System in Westeuropa, 1984 (Angaben: Prozentanteile)

	BRD	FRA	ITA	UK	NL
Ablehnung von Zensur					
Aktive	74	65	72	42	73
Sympathisanten	51	45	40	32	52
Gegner	38	44	32	26	48
Alle	48 **	49 *	46 **	30 *	54 *
Demokratiezufriedenheit					
Aktive	45	47	15	44	48
Sympathisanten	72	41	20	59	53
Gegner	80	37	27	67	64
Alle	72 **	41 °	20 *	61 **	55 *
Revolution					
Aktive	7	10	15	11	6
Sympathisanten	2	6	3	4	3
Gegner	2	4	5	2	2
Alle	3 ***	7 °	6 *	4 **	3 **
Reformen					
Aktive	72	68	71	73	80
Sympathisanten	59	68	73	71	72
Gegner	36	68	73	59	55
Alle	51 ***	68 °	73 *	66 **	69 **
Vertrauen in Gerichte					
Aktive	30	26	30	30	46
Sympathisanten	38	26	30	47	47
Gegner	52	24	34	64	46
Alle	43 *	26 °	31 °	53 **	47 °
Zufriedenheit mit öffentlichen Leistungen					
Aktive	45	51	37	61	63
Sympathisanten	71	71	45	72	81
Gegner	74	70	51	72	77
Alle	68 **	66 *	44 °	71 *	77 *
Nationalstolz					
Aktive	30	76	73	68	58
Sympathisanten	51	83	88	88	80
Gegner	81	84	91	95	78
Alle	61 ***	82 *	85 *	89 **	76 **

Anmerkungen:

Zur Berechnung der Zusammenhangsmaße und ihrer Bedeutung vgl. die Angaben in Tabelle 3.

(4) Nur in der Bundesrepublik und in Großbritannien gibt es einen Zusammenhang zwischen alternativem Engagement und dem Vertrauen zu den Gerichten. Er fällt in beiden Fällen negativ aus.

(5) Außer in Italien sinkt mit der Einbindung in die Neuen Sozialen Bewegungen die Zufriedenheit mit den öffentlichen Leistungen. Erneut besteht in der Bundesrepublik Deutschland eine besonders enge Einflußbeziehung zwischen den betreffenden Variablen.

(6) In allen fünf Staaten nimmt die affektive Bindung an nationale politische Symbole mit dem Engagement in der Protestpolitik ab. In der Bundesrepublik und in den Niederlanden ist dies am deutlichsten zu erkennen, gefolgt von Großbritannien.

Zwei Komplexe von Einstellungen stehen also in allen fünf Ländern mit dem Engagement in Neuen Sozialen Bewegungen in Verbindung, die Unterstützung demokratischer Werte und Normen und die Distanz zu nationalstaatlichen Symbolen. Allerdings unterscheidet sich die Einstellung der Bewegungsaktivisten auch in diesen Bereichen nicht immer *qualitativ* von der der Gesamtbevölkerung. Ansätze einer subkulturellen Differenzierung lassen sich am häufigsten in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen: Während die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie und mit den öffentlichen Leistungen zufrieden ist und Stolz auf das eigene Land bekundet, weist unter den aktiven Protestierern nur eine Minderheit diese Einstellungen auf. Demgegenüber unterstützt nur eine Minderheit der Gesamtbevölkerung, aber eine Mehrheit der Protestaktivisten ein Zensurverbot. Diesen Gegensatz zwischen mehrheitlich systemkritischen Protestierern und systemunterstützender Bevölkerung finden wir auch in Großbritannien (Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Gerichte) und in den Niederlanden (Demokratiezufriedenheit). In Frankreich und Italien ist bezüglich der Unterstützung der Meinungsfreiheit dieselbe Konstellation anzutreffen wie in der Bundesrepublik. Im übrigen unterscheiden sich die Protestierer eher graduell als grundsätzlich von der übrigen Bevölkerung. Die aus der international vergleichenden Analyse gewonnenen Erkenntnisse bestätigen somit überwiegend die für die Bundesrepublik vorgelegten Befunde. Sie zeigen allerdings auch, daß das Aufkommen der Protestbewegung in der Bundesrepublik stärkere kulturelle Differenzierungsprozesse mit sich bringt als in den anderen untersuchten Ländern.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

An das Auftreten der Protestbewegung knüpften sich unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich der Zukunft der westlichen Demokratie. Kritiker der Neuen Sozialen Bewegungen sahen in der wachsenden Disposition zum politischen Protest ein Anzeichen von Anomie, Entfremdung und eines Zerfalls des politischen Konsenses. Dem stand die Vorstellung von den Neuen Sozialen Bewegungen als Vorboten einer neuen partizipativen Demokratie gegenüber, in der die Herrschaft der verkrusteten bürokratischen Apparate durch eine direkte Selbstregierung des Volkes abgelöst würde. Beide Positionen halten einer empirischen Prüfung nicht stand. Die Befürchtungen der Kritiker sind überzogen, weil sich die Protestbewegung keineswegs als Kristallisationskern einer entfremdeten, antidemokratischen Subkultur darstellt. Auch die Hoffnungen auf eine grundlegende Systemtransformation durch die Protestbewegung beruhen auf einer Überschätzung ihrer Mobilisierungskapazität und gehen von empirisch unhaltbaren Vorstellungen über die Einstellungskorrelate des politischen Protestes aus.

Die Differenzen zwischen den Einstellungen der Protestaktivisten, der Anhänger und der Gegner der Neuen Sozialen Bewegungen sind überwiegend eher gradueller als prinzipieller Art. In keiner der fünf westeuropäischen Demokratien war mit dem Auftreten der Protestbewegung eine eindeutige Fragmentierung der nationalen politischen Kultur verbunden, lediglich vereinzelt lassen sich entsprechende Anzeichen finden. Wichtige Merkmale kultureller Fragmentierung sieht Rosenbaum (1975: 37 ff.) in der fehlenden Bindung an die nationale politische Gemeinschaft, ihre Werte und Institutionen, im fehlenden interpersonalem Vertrauen und in der Bereitschaft zur Anwendung politischer Gewalt. Zwar fordern die Anhänger der Neuen Sozialen Bewegungen fast einmütig gesellschaftliche Reformen und sind überdurchschnittlich kritisch zum bestehenden System eingestellt, gleichzeitig finden revolutionäre Vorstellungen bei ihnen nur wenig Rückhalt. Ihre Distanz zu nationalstaatlichen Symbolen ist nicht als Anzeichen politischer Entfremdung, sondern eher als Ablehnung traditioneller politischer Werte zu interpretieren. Ergänzende Analysen der Beziehung zwischen dem interpersonalem Vertrauen und der Unterstützung der Alternativbewegung bestätigen diese Annahme. Nur in Großbritannien steht die Kerngruppe der Alternativbewegung ihrer Umwelt mit relativ großem Mißtrauen gegenüber. Zur Gewaltfrage liegen lediglich für die Bundesrepublik Deutschland Daten vor. In ihnen deuten sich vereinzelt problematische Begleiterscheinungen des Engagements in den Neuen Sozialen Bewegungen an. Zwar lehnen die Protestierer die Anwendung politischer Gewalt mehrheitlich ab, diese Ablehnung fällt aber weniger entschieden aus als in der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus lassen die Protestaktivisten im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung eine größere Bereitschaft zur Verletzung demokratischer Spielregeln erkennen. In diesen Befunden treten außerordentlich kritische Begleiterscheinungen der Ausbreitung der Neuen Sozialen Bewegungen zutage. Man wird aber der politischen Rolle der Protestbewegung in der Demokratie keineswegs gerecht, wenn man diese Einzelergebnisse bei der Interpretation in den Vordergrund stellt und dabei die überdurchschnittliche Bindung der Protestierer an die Werte und Normen der Demokratie herunterspielt. Es spricht einiges für Wrights (1976: 275) These, die „Dissenter“ seien weniger eine Bedrohung der demokratischen Stabilität als ein ständiger Dorn im Fleisch des politischen Regimes.

Anmerkungen

- 1 Die in dieser Arbeit benutzten Daten wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG der Universität zu Köln zugänglich gemacht. Die Daten wurden im Rahmen der Political Action-Studie 1973/76 (ZA Nr. 0765), 1980 (ZA Nr. 1188), des ALLBUS 1988 (ZA Nr. 1670) und des EUROBAROMETERS 21 (1984, ZA Nr. 1320) erhoben. Sie wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG (ZA) für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in diesem Beitrag.
- 2 In „The Civic Culture“ erwähnen *Almond/Verba* (1965:14 f.) die Einstellungen zur eigenen Rolle als aktiver Partizipant als viertes Objekt. Dieses Merkmal liegt jedoch auf einer anderen Dimension als die drei zuvor genannten Objekte. Es wird aus diesem Grunde nachfolgend nicht weiter behandelt, vgl. zur näheren Begründung: *Gabriel* (1986:48 ff.), dort auch detaillierte Ausführungen zu den Kategorien der politischen Kulturforschung und den Möglichkeiten ihrer empirischen Erfassung.

- 3 Die Gruppierung der neun Einzelfragen zu den beiden Einstellungsdimensionen wurde mittels einer Faktorenanalyse ermittelt. Eine Präsentation der betreffenden Tabellen ist in dem hier gesteckten Rahmen nicht möglich.
- 4 In der Erhebung des Jahres 1980 umfaßte die Gruppe der protestpolitisch besonders Engagierten nur neun Befragte. Aus diesem Grunde ist der Gruppenmittelwert nicht interpretierbar. Faßt man die Teilnehmer an drei und vier Protestaktivitäten zu einer Gruppe zusammen (N = 42), dann ändert sich kaum etwas an den in Tabelle 4 beschriebenen Strukturen.
- 5 Die Untersuchung der politischen Einstellungen der Anhänger der Neuen Sozialen Bewegungen in Westeuropa stützt sich auf das im Frühjahr 1984 erhobene Eurobarometer 21. Drei weitere in den Jahren 1982 und 1986 durchgeführte Umfragen (EB17, EB25 und EB26) vermitteln kein grundlegend anderes Bild der Protestszene als das Eurobarometer 21.

Literatur

- Abromeit, Heidrun* (1982): Parteiverdrossenheit und Alternativbewegung. In: PVS 23, S. 178–198.
- Almond, Gabriel A.* (1956): Comparative Political Systems. In: Journal of Politics 18, S. 391–409.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney* (1965): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Boston.
- Baker, Kendall/Dalton, Russell J./Hildebrandt, Kai* (1981): Germany Transformed. Political Culture and the New Politics. Cambridge, Mass./London.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max u. a.* (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/London.
- Conradt, David P.* (1980): Changing German Political Culture. In: *Almond, Gabriel A./Verba, Sidney* (Hrsg.): The Civic Culture Revisited. An Analytic Study. Boston, S. 212–272.
- Dalton, Russell J.* (1988): Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France, Chatham, N. J.
- Dalton, Russell J./Küchler, Manfred*, Hrsg. (1990): Challenging the political order: New Social and Political Movements in Western Democracies. London/New York.
- Easton, David* (1965): A System's Analysis of Political Life. New York.
- Erikson, Robert S./Luttbeg, Norman R./Tedin, Kent L.* (1988): American Public Opinion. New York/London.
- Finifter, Ada W.* (1970): Dimensions of Political Alienation, in: APSR 64, S. 389–410.
- Fraenkel, Ernst* (1973): Um die Verfassung. In: *Nuscheler, Franz/Steffani, Winfried* (Hrsg.): Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen. München, S. 147–157.
- Fuchs, Dieter* (1983): Politischer Protest und Stabilität des politischen Systems. In: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen, S. 121–143.
- Fuchs, Dieter* (1984): Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen. In: *Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th.* (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.–13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen, S. 621–634.
- Fuchs, Dieter* (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Gabriel, Oscar W.* (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Gabriel, Oscar W.* (1987): Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/87, 30. 5. 1987, S. 32–45.

- Guggenberger, Bernd** (1980): Bürgerinitiativen in der Parteidemokratie. Von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei, Stuttgart u. a.
- Guggenberger, Bernd** (1984): Bürgerinitiativen – oder: Wie repräsentativ ist die „Repräsentative Demokratie“ in der Bundesrepublik. In: *Guggenberger, Bernd/Kempf, Udo* (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, S. 172–187.
- Hofrichter, Jürgen/Schmitt, Hermann** (1990): Eher mit- als gegeneinander! Zum Verhältnis von Neuen Sozialen Bewegungen und politischen Parteien. In: *Roth, Roland/Rucht, Dieter* (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage. Bonn.
- Inglehart, Ronald** (1979): Political Action. The Impact of Values, Cognitive Level, and Social Background. In: *Barnes, Samuel H./Kaase, Max* u. a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/London, S. 343–380.
- Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W.** et al. (1990): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin, New York.
- Kaase, Max** (1971): Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, S. 119–326.
- Kaase, Max** (1982): Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: *Raschke, Joachim* (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen, S. 173–189.
- Kaase, Max** (1984): Politische Beteiligung in den 80er Jahren. Strukturen und Ideosynkrasien. In: *Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th.* (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.–13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen, S. 338–350.
- Kaase, Max** (1985): Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien. In: *Matz, Ulrich* (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie. Köln u. a., S. 99–125.
- Kaase, Max** (1988): Political Alienation and Protest. In: *Dogan, Mattei* (Hrsg.): Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy. Boulder, Col., S. 114–142.
- Kaase, Max** (1990): Mass Participation. In: *Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W.* et al.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin, New York, S. 23–64.
- Kempf, Udo** (1984): Bürgerinitiativen – Der empirische Befund. In: *Guggenberger, Bernd/Kempf, Udo* (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, S. 295–317.
- Kielmansegg, Peter Graf** (1990): Auf dem Weg zur demokratischen Reife? Überlegungen zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. In: *Rudolf, Hermann* (Hrsg.): Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten. Berlin, S. 199–220.
- Klages, Helmut/Herbert, Willi** (1983): Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Frankfurt/New York.
- Klages, Helmut** (1984): Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen. Frankfurt/New York.
- Merkel, Peter H.** (1988): Comparing Legitimacy and Values Among Advanced Democratic Countries. In: *Dogan, Mattei* (Hrsg.): Comparing Pluralist Democracies. Strains on Legitimacy. Boulder, Col., S. 19–63.
- Muller, Edward G.** (1979): Aggressive Political Participation. Princeton, N. J.
- Muller, Edward G./Jukam, Thomas O.** (1977): On the Meaning of Political Support. In: *APSR* 71, S. 1561–1595.
- Nullmeier, Frank** (1989): Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 26/89, 23. 6. 1989, S. 3–16.
- Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim** (1989): Soziale Bewegungen. In: *von Bandemer, Stefan/Wewer, Götrik* (Hrsg.): Regierungssystem und Regierungslehre. Fragestellungen, Analysekonzepte, Forschungsstand, Opladen, S. 249–272.

- Opp, Karl Dieter u. a.* (1984): Soziale Probleme und Protestverhalten. Eine empirische Konfrontation des Modells rationalen Verhaltens mit soziologischen und demographischen Hypothesen am Beispiel von Atomkraftgegnern, Opladen.
- Pappi, Franz-Urban* (1986): Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten. In: *Kaase, Max* (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen, S. 279–291.
- Pappi, Franz-Urban* (1990): Neue Soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik. In: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen.
- Pross, Helge* (1982): Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik. Reinbek bei Hamburg 1982.
- Reuband, Karl Heinz* (1985): Politisches Selbstverständnis und Wertorientierungen von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung. In: *ZParl 16*, S. 25–45.
- Rosenbaum, Walter A.* (1975): Political Culture. New York.
- Schmidt, Manfred G.* (1984): Der Beitrag der „etablierten Politik“ zum Entstehen der neuen sozialen Bewegungen. In: *Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th.* (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.–13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen, S. 580–588.
- Schmitt, Rüdiger* (1990): Zur politischen Psychologie der Friedensbewegung. Einstellungsvoraussetzungen der Beteiligung an Aktionen einer sozialen Bewegung. Beitrag zur Tagung des DVPW-Arbeitskreises Wahlen und politische Einstellungen am 21./22. 3. 1990 in Mainz.
- Sniderman, Paul M.* (1981): A Question of Loyalty. Berkeley.
- Thomassen, Jacques* (1990): Economic Crisis, Dissatisfaction, and Protest. In: *Jennings M. Kent/van Deth, Jan W.* et al.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin, New York, S. 103–134.
- Uehlinger, Hans Martin* (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen.
- Westle, Bettina* (1989): Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde. Baden-Baden.
- Wright, James D.* (1976): The Dissent of the Governed. Alienation and Democracy in America. New York/San Francisco.
- Zwick, Michael M.* (1990): Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur. Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung – eine empirische Analyse. Frankfurt/New York.